

AD-

ROTSPECHT



Die Alte Mühle ist Thema bei den kommunalen Abstimmungen in Langenthal

Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 7. März 2021

Volksinitiative „JA zum Verhüllungsverbot: NEIN

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID): NEIN

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit Indonesien: NEIN

Parolen für Kantonale Abstimmungen vom 7. März 2021

Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe (Sonntagsverkäufe): NEIN (JA zum Eventualauftrag)

EDITORIAL/ECKE DES PRÄSIDENTEN SPO



2020 liegt hinter uns. Die meiste werden wohl denken: «zum Glück». Dass viele nicht zufrieden auf 2020 zurückblicken können, ist klar. Gerade die Kulturbranche hat gelitten. Stark subventionierte Institutionen überstehen die Pandemie leichter als kleinere Lokale auf dem Lande oder in der freien Szene der Städte. Längst bekannte Ungleichheiten zeichnen sich unmittelbar ab. Doch Schwierigkeiten können auch zu überraschenden und positiven Wendungen führen. Endlich sprechen Konkurrent*innen miteinander, greifen sich unter die Arme und bilden eine grosse, starke Allianz, um mit der Politik in den Diskurs zu treten. So, wie das in vielen Branchen mit einer eingeschworenen Lobby schon lange Realität ist. Mit Vorangegangenem will ich das Augenmerk dahin leiten, dass wir vermehrt die guten, positiven Momente beachten sollten, auch wenn sich dies in solchen Zeiten schwieriger darstellt. So sollten wir in der SP Langenthal dann auch, trotz Verlust eines Sitzes im Stadtrat bei den vergangenen Wahlen, mit Zuversicht und Glaube an das Gute und Positive in die neue Legislatur starten.

2021 kann besser werden, bedingt hierzu aber nach wie vor unseren gemeinsamen Kampf. Die bevorstehenden Abstimmungen erfordern diesen wieder einmal mehr. So hoffe ich denn auch, dass schon bald wieder ein Austausch zwischen den Oberaargauer Sektionen stattfinden kann und wir uns wieder näherkommen. Nehmt diesen RotSPecht als Bindeglied. Er wurde durch die Arbeit engagierter Kämpfer*innen erschaffen.

Begrüssst Désirée Fessler in der Redaktionsleitung. Gemeinsam mit Sabrina Lanz wird sie zukünftig dieses Bindeglied der Oberaargauer Sektionen am Leben erhalten. Danke!

*Saima Sägesser
Co-Präsidentin SP Langenthal Stadträtin*



Liebe SP - Mitglieder

Bereits befinden wir uns im Februar, das Jahr 2021 ist nicht mehr so neu. Ich hoffe, ihr seid alle gut gestartet und bester Gesundheit (zu Corona in diesem Text heute nur so viel: Ich hoffe, dass wir uns bald alle in der Alten Mühle in Langenthal - oder sonst wo - impfen können).

An dieser Stelle denke ich besonders an alle gewählten SP-Mandatstragenden im Oberaargau, die ihr Amt in einer Kommission, im Stadtrat oder in einem Gemeinderat Anfang Jahr mit einer neuen Legislatur gestartet haben. Nachträglich gratuliere ich an dieser Stelle auch Martina Moser und Reto Müller zur Wahl mit den besten Resultaten in den Langenthaler Gemeinderat! Die SP Oberaargau ist stolz, dass mit Reto das Stadtpräsidium auch in den nächsten vier Jahren in SP-Hand ist! Ich wünsche allen SP-Mandatstragenden gutes Gelingen.

Marianne Burkhard hat per Ende 2019 ihren Rücktritt eingereicht. Sie will

sich auf das Gemeindepräsidium in Roggwil konzentrieren. Marianne wurde nach meinen Nachrückern in den Nationalrat noch in der ersten Session im Juni 2018 vereidigt. Marianne brachte sich in der Sicherheitskommission ein und hat die Ebenen Gemeinde und Kanton geschickt verbinden können. Im Namen der SP Oberaargau danke ich Marianne für ihren Einsatz in den zweieinhalb Jahren im Grosse Rat. Wir werden Dich am nächsten Parteitag noch gebührend verabschieden! Auf dem zweiten Ersatzplatz liegend hat sich Ruth Sager entschieden, das Amt als Grossrätin anzunehmen. Mit Ruth ist die Region Herzogenbuchsee endlich wieder im Grosse Rat vertreten. Ruth wird am 8. März vereidigt. Ich wünsche Ruth einen guten Start im Rathaus (oder in der BEA-Halle...) und freue mich auf die Zusammenarbeit!

Der Vorstand der SP Oberaargau ist an der Planung der Grossratswahlen vom 27. März 2022. Sobald möglich werden wir den regionalen Parteitag ansetzen, damit wir den Entscheid über die Listengestaltung fassen können. Wir werden neben unseren drei bisherigen Grossratsmitgliedern Christine Blum, Reto Müller und Ruth Sager Schär je nach Listengestaltung bis spätestens im November mindestens vier Frauen und mindestens fünf Männer als Kandidierende suchen. Interessierte können sich gerne bei mir melden! Die kommenden 14 Monate sind für die SP Oberaargau die intensivsten aller vier Jahre... Auf in den nächsten Wahlkampf!

*Adrian Wüthrich,
Präsident SPO
alt Nationalrat*



Bahnhofstr 4 | 4900 Langenthal

T. 062 922 19 40 | mail@spanischeweinhalle.ch

www.spanischeweinhalle.ch

ABSTIMMUNGEN VOM 7. MÄRZ

EIDGENÖSSISCH, KANTONAL, KOMMUNAL

Nein zum Verhüllungsverbot

Am 7. März 2021 stimmen wir über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» oder auch «Burkaverbot» ab.

Hinter dieser Initiative steht das SVP-nahe «Egerkinger Komitee», eine Gruppierung aus rechtskonservativen Männern, welche bereits die Minarettinitiative lanciert hat. Die Initiative verlangt, dass das Verhüllen des Gesichtes verboten wird. Zudem soll unter Strafe gestellt werden, jemanden aufgrund des Geschlechtes zu zwingen, das Gesicht zu verhüllen. Ausnahmen sieht die Initiative bei einheimischem Brauchtum (Fasnacht etc.), aufgrund von klimatischen oder wie aktuell aus gesundheitlichen Gründen vor.

Laut den Initianten gehöre es zu einer liberalen Gesellschaft, dass man sein Gesicht in der Öffentlichkeit zeige. Weiter sei die Verhüllung des Gesichts durch eine Burka oder einen Nikab ein Zeichen des «radikalen Islam» und eine Unterdrückung der Frau. Dazu stelle eine Verhüllung auch ein Sicherheitsrisiko dar, so z.B. bei Fussballspielen oder Demonstrationen. Als Antwort auf die Initiative hat das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet. In Bezug auf die Verhüllung schreibt der Gegenvorschlag vor, dass eine Person zur Identifikation das Gesicht zeigen muss. Weiter beinhaltet der Gegenvorschlag eine stärkere finanzielle Unterstützung von Initiativen, welche die Gleichstellung im Inland fördern. Zudem soll die Gleichberechtigung der Geschlechter im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker im Fokus stehen.



Die SVP, jene Partei die alle gleichstellungspolitischen Errungenschaften bekämpft hat, will nun Frauen befreien, indem sie ihnen vorschreibt, was sie nicht zu tragen

haben. Die Vorlage ist also keine «Befreiung der Frauen», sondern ein Eingriff in deren Freiheit. Dazu kommt, dass die Initiative überhaupt nicht nötig ist. Jemanden zu zwingen sich zu

verhüllen, ist gemäss Strafgesetzbuch Art. 181 Nötigung und wird mit bis zu drei Jahren Haft bestraft. Auch ein Verhüllungsverbot an Kundgebungen existiert heute schon. Die mit der Initiative einhergehende Rhetorik der SVP, wo unter anderem wieder einmal von einer Islamisierung der Schweiz gewarnt wird, macht den Anschein, dass es den Initianten in Wirklichkeit gar nicht um die Verhüllung an sich geht, sondern um eine Kampagne gegen den Islam unter dem Deckmantel von Frauenrechten. Die SP Langenthal hat daher die Nein – Parole beschlossen

*Linus Rothacher
Juso Oberaargau*

Nein zur privatisierten E- ID

Mit der staatlich anerkannten E-ID, soll es den Bürger*innen in Zukunft möglich sein sich im digitalen Raum eindeutig auszuweisen, dort wo dies nötig ist und bis heute häufig ein persönliches Erscheinen oder ein kompliziertes Nachweisverfahren nötig war. Das könnte z.B. alle Arten der Kommunikation mit Verwaltungsstellen, aber auch andere Angebote wo die Identität einer Person eindeutig festgestellt werden muss (Bankkonto, Postdienstleistungen, Verträge aller Art, Alterskontrolle im



digitalen Raum, Betriebsregisterauszug) betreffen. Dass es ein solches Angebot braucht, ist eigentlich unbestritten.

Die zentrale Frage ist, wer in Zukunft solche E-ID's ausstellen und betreiben kann. Das Ausstellen der E-ID beinhaltet in jedem Fall eine Überprüfung von staatlicher Seite. Wer die E-ID aber an die «Person» bringt und dann während den konkreten Transaktionen (z.B. während der Identifizierung einer Person beim Eröffnen eines Bankkontos im Internet) die Identifizierung übernimmt, ist umstritten. Das Gesetz gegen welches das Referendum ergriffen wurde, sieht vor, dass dies auch und vor allem, Private sein können (Swisscom, SBB, Banken, die Post, etc.). Die Überlegung dahinter ist, dass man durch die Involvierung Privater schneller und günstiger zu einer Lösung kommt, weil diese Privaten häufig ein vitales (Eigen-)Interesse haben, dass solche Lösungen implementiert werden.

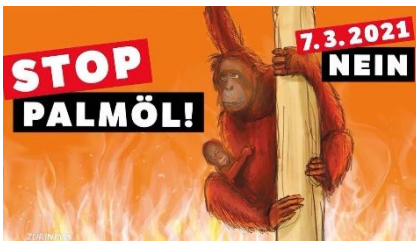
Diese Überlegung ist definitiv nicht falsch, lässt aber ausser Acht, dass die Bevölkerung erwartet, dass eine solche E-ID, wie unsere physische ID auch, ausschliesslich von staatlicher Stelle ausgegeben und betrieben werden soll. Das Hauptargument dagegen ist, dass bei der Verwendung der E-ID

Transaktions-Daten bei den E-ID Anbietern anfallen, diese zwar von Gesetzes wegen streng geschützt werden müssen, aber das unguete Gefühl bleibt...

Acht Kantone lehnen das Gesetz ab, die SP, die Grünen, die Grünliberalen und die Piratenpartei unterstützen das Referendum und haben die NEIN-Parole dazu gefasst. Auch die SP Langenthal hat an ihrer Parteiversammlung klar die NEIN-Parole gefasst. E-ID ja, aber nur aus staatlicher Hand.

*Roland Loser
Co – Präsident SP Langenthal
Stadtrat*

Nein zum Freihandelsabkommen mit Indonesien



Bereits im Jahr 2018 wurde das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten* und Indonesien unterzeichnet. Im Jahr 2019 wurde es im neu gewählten Parlament intensiv diskutiert und schliesslich recht deutlich bestätigt. Im Anschluss daran ergriff eine Gruppe um den Genfer Biowinzer Willy Cretegnny das Referendum. Nun hat das Volk das letzte Wort.

Grundsätzlich dient das Abkommen dazu, die wirtschaftliche Beziehung zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien zu stärken. Dies ist insbesondere von Bedeutung, da sich Indonesien bis 2050 laut Prognosen zur viertgrössten Wirtschaftsmacht der Welt entwickeln wird.

Nach Inkrafttreten sollen Zollgebühren beidseitig fast vollständig abgebaut werden. Vom umstrittenen Palmöl soll ein gewisses Kontingent erleichtert eingeführt werden können. Dies aber nur, wenn mittels RSPO-Label Nachhaltigkeitsstandards ausgewiesen werden können. Mit diesem Abkommen werden zum ersten Mal Zollerleichterungen an Nachhaltigkeitsstandards geknüpft.

Obwohl das Palmöl nur einen sehr kleinen Teil der momentanen Importe aus Indonesien ausmacht, ist es ein grosser Stein des Anstosses. Palmöl ist sehr vielseitig einsetzbar. Wir finden es in Lebensmitteln und Kosmetika, aber auch in Bio-Diesel. Im Vergleich zu Raps ergibt dieselbe Anbaufläche einen dreimal höheren Ertrag. Ölpalmen wachsen natürlicherweise im tropischen Regenwald. Dieser wird weiter abgeholzt, um neue Palmplantagen zu pflanzen. Ein komplexes

Ökosystem wird zerstört und weicht einer Monokultur. Das RSPO-Label steht in der Kritik, da es gegen diese klimaschädlichen Vorgänge nicht effizient vorgeht. SP und Grüne versuchten im Nationalrat, einen strengeren Kontrollmechanismus im Abkommen zu verankern, womit sie aber scheiterten. Es sind Verhandlungen zu weiteren Freihandelsabkommen im Gang, beispielsweise mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Das Volk entscheidet nun also auch darüber, ob die festgehaltenen Nachhaltigkeitsstandards ausreichend sind.

Die SP Langenthal empfiehlt die Vorlage zur Ablehnung.

*Island, Lichtenstein, Norwegen, Schweiz

*Michèle Nufer
SP Langenthal*

Nein zu mehr Sonntagsverkäufen

Auf kantonaler Ebene wird am 7. März über die Revision des Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG) abgestimmt. Während die Regulierung der elektronischen Zigaretten analog der herkömmlichen Zigaretten unbestritten ist, war die Verdoppelung der bewilligungsfreien Sonntagsverkäufe von zwei auf vier der Grund für das Referendum der SP und der Gewerkschaften. Ende Oktober 2020 konnten der Staatskanzlei trotz Corona mehr als 17'700 beglaubigte Unterschriften überreichen. Das Ziel ist klar: Die Ausweitung der Sonntagsarbeit soll gestoppt werden.



Dass gegen das Gesetz das Referendum ergriffen wird, war nach dem Durchboxen der Sonntagsverkäufe durch die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat vermutet worden. Um den unbestrittenen Teil mit den E-Zigaretten nicht zu gefährden wurde ein Eventualantrag

beschlossen, der im Falle eines Referendums gegen die Hauptvorlage der Stimmbevölkerung auch zur Abstimmung unterbreitet wird. Die SP Kanton Bern hat an ihrem Parteitag am 3. Februar beschlossen, die Hauptvorlage mit der Ausweitung der Sonntagsverkäufe abzulehnen und den Eventualantrag anzunehmen. Bei der Stichfrage soll das Kreuz beim Eventualantrag gesetzt werden. Es ist wichtig, dass dieses Kreuz gesetzt wird: Werden nämlich beide Vorlage von einer Mehrheit angenommen, wird jene mit den meisten Kreuzen bei der Stichfrage in Kraft gesetzt.

Immer wieder wird versucht die Zahl der Sonntagsverkäufe zu erhöhen. So können bereits Tankstellenshops, Läden rund um die grossen Bahnhöfe und in Tourismuszentren am Sonntag öffnen. Der Bedarf für zwei weitere Sonntagsverkäufe darf bezweifelt werden. Er bringt dem Verkaufspersonal und deren Familien mehr Stress. Der Sonntag soll weiterhin der arbeitsfreie Wochentag bleiben. Der Sonntag ist für die Menschen der Tag der Erholung, der Entspannung, der Besinnung und der Pflege sozialer Kontakte. Er soll nicht weiter zum Shopping-Tag benutzt werden. Volkswirtschaftlich sind zusätzliche Verkaufssonntage ein Nullsummenspiel, zusätzlichen Umsatz wird nicht verdient, er verteilt sich auf einen Tage mehr und drückt damit die Löhne des Verkaufspersonals. Profitieren würden die grossen Läden, kleine Läden kämen noch mehr unter Druck. Für die Beschäftigten im Detailhandel sind zwei zusätzliche Verkaufssonntage eine nicht nötige Zusatzbelastung. Sie haben bereits heute oft schwierige Arbeitsverhältnisse mit tiefen Löhnen, langen Präsenzzeiten und unregelmässigen Arbeitszeiten. Deshalb Nein zur Hauptvorlage!

*Adrian Wüthrich,
Präsident SPO
alt Nationalrat*

Abstimmung: Agglomerationsprogramm der 3. Generation und Buslinienkonzept

Agglomerationsprogramme gibt es seit dem Jahr 2006. Die Stadt beteiligte sich bereits an den Agglomerationsprogrammen der 1. und 2. Generation. Das Agglomerationsprogramm der 3. Generation führte im Rahmen einer detaillierten Bearbeitung zu einer Gesamtbetrachtung der städtischen Siedlungs- und Verkehrssituation. Als Ergebnis davon sollen in 14 Strassenabschnitten des städtischen Verkehrsnetzes der Strassenraum aufgewertet werden. Die Eckpunkte des künftigen Busliniennetzes im Raum Langenthal wurden im Rahmen des langfristigen Konzeptes zum öffentlichen Verkehr des Kantons Bern und in Zusammenarbeit mit der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) festgelegt. Basierend darauf genehmigte der Gemeinderat das Buslinienkonzept.

Die Kosten für die Planung der 14 Strassenabschnitte und der planerischen Vorbereitungen der Umsetzung des Buslinienkonzeptes betragen 3,81 Millionen Franken. Der erwartete Beitrag des Bundes und des Kantons Bern wird rund ein Drittel dieser Kosten decken. Bei einem Ja zum Rahmenkredit von Fr. 3.81 Mio. kann die Stadt:

- die Massnahmen des 3. Agglomerationsprogramms und die Massnahmen aus dem Buslinienkonzept koordiniert planen;
- die bauliche Neu- und Umgestaltung von 14 Strassenabschnitten und Verkehrsinfrastrukturen planen;
- die behindertengerechte Umgestaltung bestehender Bushaltestellen und die Schaffung teilweise neuer Bushaltestellen planen;
- die Führung der Buslinien gemäss Buslinienkonzept optimieren;

- bei der Planung und Umsetzung der Vorhaben auf Bundes- und Kantonsgeleider aus dem Agglomerationsprogramm der 3. Generation zugreifen.

Der Stadtrat stimmte der Vorlage zu und empfiehlt sie somit zur Annahme.

Die Parteiversammlung der SP Langenthal hat ebenfalls die Ja-Parole beschlossen.

Abstimmung: (Rück-)Übertragung des Eigentums der Stiftung Mühle Langenthal an die Stadt

Die Geschichte der "Alten Mühle" ist belebt. Die Stadt schenkte der Stiftung Mühle Langenthal (SML) im Jahr 1982 die Parzelle Langenthal-Grundbuchblatt Nr. 869, inklusive der Gebäude in nicht renoviertem Zustand. Im damaligen Schenkungsvertrag wurde die Auflage formuliert, dass das Eigentum an der Parzelle Nr. 869 in dem Moment unentgeltlich an die Stadt zurück zu übertragen ist, wenn sich die SML auflöst. Gemäss der Jahresrechnung 2019 der SML ist die Stiftung überschuldet. Der Stiftungsrat beschloss deshalb, die Stiftung aufzulösen. Es wird beantragt, dass das Eigentum an der Parzelle an die Stadt zurückübertragen wird. Da die Gebäude auf der Parzelle Nr. 869 weiterhin (auch) durch öffentliche Nutzungen belegt sind, ist die Parzelle Nr. 869 der Öffentlichkeit zu widmen und damit dem Verwaltungsvermögen der Stadt zuzuweisen. Mit der (Rück-)Übertragung des Eigentums übernimmt die Stadt alle Rechte und Pflichten einer Eigentümerin der Parzelle. Ebenfalls tritt sie in die Rechtsnachfolge der bestehenden Vereinbarung mit der Haslibrunnen AG ein, welche die alte Mühle bis circa Mitte 2023 nutzt. 1992 gewährten die Stimmberechtigten der SML ein Darlehen von Fr. 6.4 Mio. Davon wurden rund Fr. 750'000.00 zur Finanzierung der Erstellung der mit der Re-

novation der alten Mühle verbundenen Parkplätze gewährt. Dieser Teil des Darlehens wurde von der SML zurückbezahlt. Offen ist noch die Rückzahlung von rund Fr. 5.7 Mio. durch die SML. Es wird beantragt, dass die Forderung aus dem Darlehensvertrag der Stadt mit der SML aus dem Jahr 1992, ausmachend rund Fr. 5.7 Mio., erlassen wird. Der heute geschätzte Verkehrswert des Grundstücks liegt bei CHF 2'970'000.00, was bei einem Erlass des Darlehens neu als Buchwertgewinn ins Verwaltungsvermögen einfließen wird. Der Stadtrat hiess diese Vorlage einstimmig gut.

Abstimmung: Familienergänzende Kinderbetreuung: Einführung des Betreuungsgutscheinensystems

In der Verfassung des Kantons Bern ist festgehalten, dass Kanton und Gemeinden geeignete Bedingungen für die Betreuung von Kindern schaffen. Als Angebot zur sozialen Integration können die Gemeinden im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung den Grossteil ihrer Aufwendungen für subventionierte Plätze in Kindertagesstätten und Tagesfamilienorganisationen über den sozialen Lastenausgleich abrechnen. Bis anhin wurden im Kanton Bern die Eltern-tarife für die Nutzung familienergänzender Kinderbetreuung im sogenannten Gebührensystem indirekt über die jeweiligen Betreuungseinrichtungen vergünstigt. Auch die Stadt Langenthal unterstützt die Angebote für familienergänzende Kinderbetreuung und kann die Aufwendungen hierfür dem Lastenausgleich zuführen. Inzwischen wurde auf kantonaler Ebene die Ablösung des bestehenden Finanzierungssystems durch die Einführung von Betreuungsgutscheinen eingeleitet. Die Einführung des Betreuungsgutscheinensystems erfolgt gestaffelt. Bis zur vollständigen Umstellung laufen das bisherige und das neue System parallel. Gemeinden sind nicht zur Teilnahme am Gutscheinsystem

verpflichtet. Sobald die Umstellung jedoch in Kraft tritt, wird die bisherige Unterstützung des Kantons über das Gebührensystem wegfallen. Die Eltern erhalten im Betreuungsgutscheinssystem von der Gemeinde einen einkommensabhängigen Gutschein, den sie bei einer zugelassenen Kita oder Tagesfamilienorganisation ihrer Wahl im Kanton Bern einlösen können (auch ausserhalb der Wohngemeinde). Die Gemeinde zahlt den Gutscheinbetrag direkt an die entsprechende Betreuungseinrichtung. Die Betreuungseinrichtung zieht wiederum den Gutscheinbetrag von den Betreuungskosten ab und stellt

den Erziehungsberechtigten den Restbetrag in Rechnung. Erziehungsberechtigte, welche in Gemeinden wohnhaft sind, die nicht am Gutscheinsystem teilnehmen, erhalten keine Betreuungsgutscheine. Über den sogenannten Lastenausgleich beteiligt sich der Kanton an den Kosten der Gemeinden für die Gutscheine. Die Kostenteilung zwischen Kanton (trägt 80 % der Kosten) und Gemeinde (trägt 20 % der Kosten) bleibt im Vergleich zum bisherigen System unverändert. Das System der Betreuungsgutscheine soll auch in der Stadt Langenthal auf den 1. August 2021 eingeführt werden

soll. Familienergänzende Kinderbetreuung entspricht einem grossen Bedürfnis der Langenthaler Eltern. Die Betreuungsgutscheine bieten einen Mehrwert, weil der Zugang zu den Subventionen besser und gerechter geregelt wird. Der Wettbewerb steigt, weil nicht mehr das Angebot, sondern die Nachfrage finanziert wird. Das führt in den allermeisten Fällen zu mehr Plätzen bei höherer Qualität. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen einstimmig dem Beschluss am Ende dieser Botenschaft zuzustimmen.

*Reto Müller
Stadtpäsident Langenthal*

ANALYSE DER LANGENTHALER GEMEINDEWAHLEN 2020

Vor den Wahlen war bedingt durch die speziellen Corona-Umstände und die Trends der letzten Zeit hin zu Grün(-liberal) die Spannung gross, wie die Wahlen für die SP und allgemein für die Linke in Langenthal ausgehen würde. Dadurch dass die Gespräche mit den Grünliberalen bezüglich einer Listenverbindung beim Gemeinderat kurzfristig, und für uns unerwartet, in letzter Minute gescheitert waren, war die Befürchtung berechtigt, dass es um die drei Sitze von SP/Grüne im Gemeinderat eng werden könnte, da wir den dritten Sitz 2016 nur knapp über ein Restmandat geholt hatten. Als dann am Wahltag die Resultate eintrudelten, war allseits die Überraschung gross, dass unsere SP/Grüne Liste ihre 3 bisherigen Sitze problemlos verteidigen konnte und ihren Stimmenanteil gegenüber 2016 von 35.8% auf sensationelle 39.5% steigern konnte. Was sich hier wieder ganz klar zeigt, ist, dass die gemeinsame Liste mit den Grünen sehr viel Sinn macht, da wir durch den gemeinsamen Weg viele Leute dazu bringen unsere Liste unverändert einzulegen und wir dadurch fast keine «Panaschiverluste» aufweisen. Im Gegensatz dazu konnten zum Beispiel die Grünliberalen ihr Proporzpotential in den Gemeinderatswahlen nicht ausschöpfen, da sie nur mit einer 2er Liste antraten und zudem ihr Listenverbindungspartner, die EVP, nicht ganz unerwartet, nicht annähernd an frühere Ergebnisse anknüpfen konnten.

Unser gutes Abschneiden bei den Gemeinderatswahlen liess die Hoffnung aufkeimen, dass wir ein ähnlich gutes Resultat bei den Stadtratswahlen erzielen könnten. Dies gelang, wie wir wissen, nicht ganz. Das linke Lager konnte insgesamt ihre 14 Sitze verteidigen, die SP verlor aber einen Sitz an die Grünen. In der Mitte verlor die EVP massiv zu Gunsten der GLP, die hier ihr Proporzpotential voll ausspielen konnte. Auf bürgerlicher Seite verlor die FDP/jll einen Sitz in Richtung der Mitte. Somit bleibt vieles, wie es war, was sich ändert ist, dass die Mitte leicht stärker und grüner ist, was uns hoffen lässt, dass in Langenthal in den nächsten 4 Jahren eine progressivere Politik möglich ist. Ob die Mitte in Zukunft nicht nur eine grünere, sondern auch eine pragmatischere Politik ohne endlose Detaildiskussionen und zeitraubende Zusatzrunden unterstützt, bleibt abzuwarten. Was auch bleibt, ist ein unglaublich kreativer Wahlkampf der SP Langenthal, für den wir viel Lob erhalten haben. Am Ende fragt mensch sich vielleicht – nicht ganz unberechtigt - für was so viel Aufwand betrieben wird, wenn am Schluss nur maximal der Status Quo erhalten werden kann? Ich glaube wir machen den Wahlkampf nicht nur für die Wähler*innen da draussen, sondern auch für uns. Er gibt uns eine Identität und einen Zusammenhalt, der sich hoffentlich auch in einer kräftigeren und kreativeren Vertretung im Stadtrat manifestiert. Es ist uns auch hier wichtig etwas Nachhaltiges zu schaffen, ein Stück Politikultur, auf das wir stolz sein können. Davon zeugen unter anderem auch unsere genialen Gemüseplakate die bei vielen von uns noch heute zu Hause hängen. Der Dank für diesen inspirierenden Wahlkampf geht an die vielen die hier tatkräftig mitgearbeitet haben. Merci vieumou!

*Roland Loser
Co – Präsident SP Langenthal
Stadtrat*

AUS DEN OBERAARGAUER SP- SEKTIONEN

SP HERZOGENBUCHSEE

SP Buchsi gewinnt Urnenabstimmung

Die SP Herzogenbuchsee produzierte für die Urnenabstimmung vom 20. Dezember 2020 eigens die Abstimmungszeitung «Buxi-info», um den Angriff von SVP und FDP auf Budget und Schulsozialarbeit zu stoppen. Beide Vorlagen wurden mit einer 2/3-Mehrheit klar angenommen



Die SP Buchsi ist hoch erfreut über die Resultate der Gemeindeabstimmung vom 20. Dezember. Sie sind ein klares Bekenntnis der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die von der SP Buchsi stark mitgeprägte Politik in der Gemeinde. Damit sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Abstimmungsempfehlungen der SP Buchsi bei den drei wichtigen Vorlagen Budget, Schulsozialarbeit und Amtszeitverlängerung vollumfänglich gefolgt. Bei der Amtszeitverlängerung war die SP die einzige Partei mit einer JA-Parole. Hier ging es vor allem um die Kontinuität beim Gemeindepräsidium.

Die klaren JA-Resultate beim Budget und bei der Schulsozialarbeit sind eine herbe Niederlage für SVP und FDP und ihrem harten Sparkurs. Beide Parteien hatten gehofft, bei der von ihnen geforderten Urnenabstimmung mehr Chancen zu haben, das Budget zu bodigen als an einer Gemeindeversammlung. Dies ist ihnen nicht gelungen und der Gemeinderat kann auf dem von ihm eingeschlagenen Weg mit einer noch grösseren Legimitation weiterfahren.

*Hans Wyssmann
Präsident SP Herzogenbuchsee*

GBO - RENTNERGRUPPE



Rosinli, Adetswil, Kanton Zürich.



Auf der Ibergereg

Es war einmal... So beginnen in der Regel Märchen. Kein Märchen, sondern eher das «Schreckmümpfeli» der letzten rund zwölf Monate warfen und werfen weiterhin unser Programm über den Haufen. Aber Schwarzsehen wollen wir trotzdem nicht, denn die in Aussicht gestellten Impfungen lassen uns hoffen. Darauf, dass wir ab Mai oder Juni wieder Ausflüge in Angriff nehmen können. Zum Beispiel ins Kleinlützelatal, zum Lac d'Emosson oder ins Muotatal. Bis es soweit ist, müssen wir mit den Erinnerungen an vergangene Anlässe vorliebnehmen. Und schöne Gedanken sind doch auch etwas. In diesem Sinne: Häbet dure, bliibet gsung. Der Vorstand der GBO-Rentner*innen



Lützelflüh, Baselland



Emosson, Wallis

NACHRUF: RES RYSER

Res Ryser: Ehemann – Vater – Gewerkschafter - Sozialdemokrat Die Oberaargauer Gewerkschafter und Sozial- demokratinnen und -demokraten trauern um Andreas „Res“ Ryser.

Res erblickte das Licht der Welt am 24. September 1938. In schwierigen Zeiten wuchs er in der Dorfschmiede in Rüderswil in ländlicher Idylle auf. Die Mutter musste die Kinder durchbringen während der Vater im Aktivdienst war. Trotzdem – oder vielleicht gerade deswegen – waren seine Eltern sehr sozial eingestellt.

Nach der obligatorischen Schulzeit und dem traditionellen Welschlandjahr in Aigle besuchte der junge Res die Verkehrsklasse des Humboldtianum in Bern und absolvierte danach eine Lehre bei den SBB in Emmenmatt. In seinen 25 Jahren bei der Bahn war er auf insgesamt 36 Bahnhöfen stationiert.

In besonderer Erinnerung blieb Res sein beruflicher Auslandsaufenthalt in Paris, wo er sogar von seiner späteren Frau Käthy besucht wurde.

Die Arbeit bei den SBB hat Res sehr zugesagt. Trotzdem entschied er sich 1981, als

Gewerkschaftssekretär zum Schweizerischen Eisenbahnerverband SEV zu wechseln und seine gewerkschaftliche Tätigkeit zum Beruf zu machen. Die abwechslungsreiche aber auch aufwändige und mit vieler Reisetätigkeit verbundene Arbeit gefiel Res sehr. Trotzdem entschied er sich mit 60 Jahren, vorzeitig in Pension zu gehen.

Damit begann aber nicht der Ruhestand, nein, Res konnte jetzt tun, was ihm besonders Freude bereitetete. Er engagierte sich, leistete ehrenamtlich Arbeit beim Gewerkschaftsbund Oberaargau, bei der SP Langenthal und später bei der SP in der Region Oberaargau. Immer

war er die Arbeitsbiene und setzte die Ideen von vielen anderen mit grossem Engagement um.

In seinen Tätigkeiten als Sekretär von GBO, SP Amt Aarwangen, SP Oberaargau, SP Bern Nord und SP 60+ besuchte er unzählige Sitzungen, warb Mitglieder, brachte sich ein, verteilte Flugblätter, steckte den Rotspiecht in unzählige Briefkästen, war an den verschiedensten Aktionen beteiligt.

Das Wichtigste für Res aber war seine Familie. 1963 heiratete er sein Käthy. Ein Jahr später wurde den beiden Sohn Martin und drei Jahre später Sohn Stefan geschenkt. Vieles erlebten Rysers als Familie gemeinsam. Unvergessen für alle Beteiligten bleibt der gemeinsame Sommerurlaub während vieler Jahre in Cesenatico, mit Familie und

Freunden. Auch zu seinen drei Enkelkindern pflegte Res einen engen Kontakt.

Nach ersten gesundheitlichen Einschränkungen zogen Käthy und Res in eine Alterswohnung im Haslibrunnen. Dort verbrachten sie noch mehrere glückliche gemeinsame Jahre.

Nach einem Zusammenbruch Ende 2019 folgte ein Jahr mit vielen gesundheitlichen Rückschlägen. Und trotzdem, Res blieb wie er immer war: optimistisch, zuversichtlich, fröhlich.

Ende vergangenen Jahres war es soweit, dass die Ärzte kündigten eine erneute Operation ankündigen mussten. Das wollte Res nicht mehr. „I mah nümme“, mit dieser Erkenntnis entschied er,

auf weitere lebensverlängernde Massnahmen zu verzichten. In Würde nahm er Abschied von seinen Lieben. Nach einem reichen, erfüllten Leben ist Res Ryser am 30. November 2020 für immer eingeschlafen.

Die Gewerkschaftsbewegung, die Sozialdemokratie verliert einen treuen Freund, einen tollen Menschen, einen Mann mit Humor, einem ansteckenden Optimismus und dem steten Willen, die Welt, zumindest aber seine Stadt Langenthal, ein bisschen besser zu machen. Danke für alles, Res. Machs guet!

Markus Meyer, Roggwil



Res in Speedy, dem "besten Auto der Welt"

50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT/KOLUMNE



Das Frauenjahr 2021

Das Jahr 2021 ist ein wichtiges Frauenjahr: Wir schauen zurück auf folgende Ereignisse:

50 Jahre Frauenstimmrecht / 40 Jahre Gleichstellungsartikel / 30 Jahre Frauenstreik und 230 Jahr Erklärung der Frau.

Das Frauenstimm- und Wahlrecht wurde am 07.02.1971, notabene 3 Jahre nachdem der 1. Mann auf dem Mond gelandet ist, an der Urne von den Schweizer Männern endlich angenommen. Die Gründe für diese späte Selbstverständlichkeit sind vielfältig und werden im Moment in Zeitungen und TV dargelegt. Nur so im Vergleich: Die SPS forderte bereits 1904 als 1. Partei die Einführung des Frauenstimmrechts in ihrem Parteiprogramm.



Am Anfang des 1. Frauenstreiks 1991 stand eine Gruppe Uhrenarbeiterinnen aus dem Vallée de Joux. Eine der Initiantinnen war Christiane Brunner. Dieselbe Christiane Brunner, die 1993 mit unsäglichen und diffamierenden Aktionen als Bundesrätin verhindert wurde. Der Streik unter dem Motto «wenn Frau will, steht alles still» fand am 14.06.1991 statt, genau 10 Jahre nach der Abstimmung, in der das Volk der Aufnahme des Gleichstellungsartikels in die Bundesverfassung zugestimmt hatte. Die Streikenden forderten die Umsetzung des Gleichstellungsartikels

zur Lohngleichheit, die gleiche Ausbildung für Frauen, die Bekämpfung der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz etc.



Ohne diesen Streik wäre die Protestbewegung bei der Nichtwahl von Christiane Brunner nicht denkbar gewesen. Andere langfristige Erfolge zeigten sich bei der Verabschiedung der Gleichstellungsgesetzes 1995, der Einführung der Fristenlösung 2002 und der Institutionalisierung einer Mutterschaftsversicherung 2010.



Viele Forderungen des 1. Frauenstreiks sind leider heute noch nicht erfüllt. Dies führte dann 2019 zum 2. Frauenstreik. Der Riesenerfolg hat zu einer erneuten aktiven Bewegung geführt (z.B. Frauenstamm, viele neue Frauenvereine etc.) und wir bleiben trotz «Coronabremse» sicher dran. Im Moment bestehen noch keine konkreten Pläne für den 14.06.2021 aber wir lassen uns sicher etwas einfallen. Ideen und aktive Unterstützung sind sehr erwünscht. Ihr könnt euch gerne bei mir melden.

Dorette Balli Staub

KOLUMNE: HINTER DEM REGENBOGEN

Nein, ich bin keine Nachttischlampe!

Ich arbeite als Buchhändlerin und ich liebe meinen Beruf heiss und innig.

Umso mehr trifft es mich, dass Verkaufsbefruhen immer weniger Respekt entgegengebracht wird. Einmal besprach ich mit meinen Kolleginnen gerade, zu welchen Themen wir die nächsten Büchertische gestalten möchten, als eine Kundin uns fragte, ob sei bei uns zahlen könnte. Wir verneinten, weil wir keine Kasse an unseren Infostand hatten und verwiesen sie freundlich an die entsprechende Stelle, wo auch schon jemand auf sie wartete. Daraufhin spottete die Kundin: „Na, so einen Job möchte ich auch mal, wo man einfach zu dritt rumstehen kann!“

Das ist ein Bild, mit dem ich immer wieder konfrontiert werde. Das Bild der faulen Verkäuferin, die den lieben langen Tag halt ein bisschen auf der Kasse tippt und deren Intelligenzquotient gerade mal auf einen Teelöffel passt. Und die knapp über die Fähigkeiten einer Nachttischlampe verfügen muss, um ihren Job ausüben zu können. Dabei ist es sehr wohl ein anspruchsvoller Beruf, denn er fordert eine hohe Präsenz. Du bist nicht selten acht oder neun Stunden auf den Beinen und dabei ständig ansprechbar. Wenn jemand eine komplizierte Frage hat („könne Sie mir die Frühwerke von Goethe bitte auf lateinisch kurz zusammenfassen?“), kannst du nicht einfach die Schultern zucken, sondern musst liefern. Jeder Verkaufsberuf verlangt Fachkompetenz, körperliche Anstrengung und Ausdauer.

In den Diskussionen rund um die verlängerten Ladenöffnungszeiten wird oft so getan, als hätten wir im Verkauf totale Luxuserbeitszeiten. Das ist nicht der Fall. Ich stelle immer wieder fest, dass es eher schwer ist, mein soziales Leben zu organisieren, weil viele nicht nachvollziehen können, wie es ist, keine flexiblen Arbeitszeiten zu haben. Deshalb freue ich mich sehr, dass sich viele Menschen gegen die ständigen Versuche, die Ladenöffnungszeiten auszudehnen, wehren. Für mich ist das Wertschätzung.

Désirée Fessler

UNIA/GBO

Alters- und Pflegeheime vor grosser Gefahr: Besserer Schutz für Personal und Bewohner*innen längst überfällig



Jetzt braucht es regelmässige, flächendeckende Covid-19-Tests in Heimen
(Bild: Canva Pro)

Die grosse Mehrzahl aller Corona-Todesfälle ereignet sich in Alters- und Pflegeheimen. Die neue Mutation des Corona-Virus stellt diese nun vor noch grössere Gefahren. Statt die Heime allein zu lassen, sind Bund und Kantone gefordert, griffigere Schutzmassnahmen zu beschliessen: Es braucht regelmässige, flächendeckende Covid-19-Tests in Heimen und infizierte Pflegenden müssen sich auch tatsächlich in Isolation begeben können.

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind schweizweit mehr als 4000 Bewohner*innen von Pflegeheimen am Virus verstorben. Das Personal in den Heimen steht seit Monaten unter Druck. Der Mehraufwand in der Pflege, durch Erkrankungen, verschärftem Personalmangel und die Begleitung von sterbenden Pflegebedürftigen, führt zu einer enormen Belastung der Pflegenden.

Flächendeckende Test in Heimen längst überfällig

Die Mutationen des Virus stellen die Heime vor neue Herausforderungen. Erste Fälle zeigen, mit welcher erschreckender Geschwindigkeit sich das neue Virus in den Heimen ausbreiten kann.

Die Unia fordert von Bund und Kantonen sofortige, griffige Massnahmen. Dazu gehören regelmässig durchgeführte, flächendeckende Corona-Tests von Bewohner*innen und Pflegenden. Positive Testresultate müssen dann insbesondere auch beim Personal zu einer konsequenten Isolation führen.

Heime nicht allein lassen

Das flächendeckende Testen von Mitarbeitenden und Pflegebedürftigen ist personell aufwändig und die Personalknappheit wird sich verschärfen, wenn sich erkrankte Pflegenden in Isolation begeben.

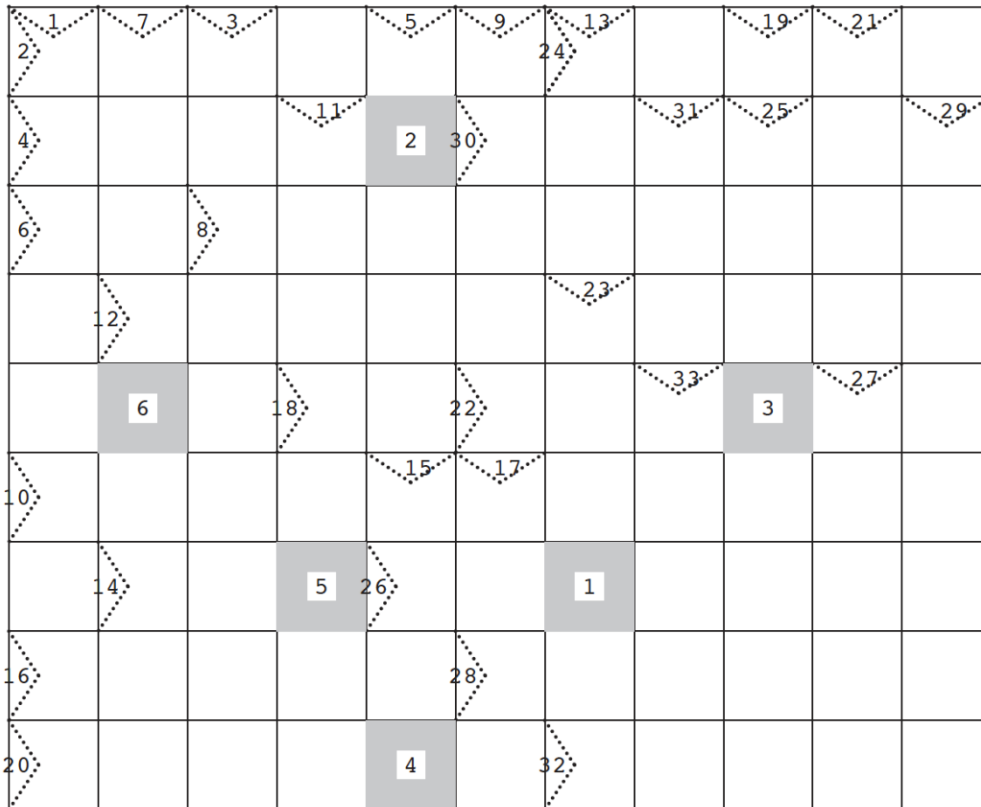
Bund und Kantone müssen die Heime deshalb entsprechend unterstützen: Sie müssen einerseits die Kosten für die Tests tragen, andererseits zusätzliches Personal für die Durchführung der Tests und die Pflege bereitstellen – sei dies durch den Aufbau von Personalpools, Zivilschutz- oder Zivildienstleistende oder allenfalls Armeeangehörige.

Stellenabbau verhindern

Aufgrund weniger Eintritten und Todesfällen führt die Pandemie in vielen Heimen zu einer tieferen Auslastung der Betten. Die Finanzierung der Heime und die Stellenschlüssel sind jedoch abhängig von der Bettenbelegung. Deshalb besteht die Gefahr, dass diese Einbussen sowie die zusätzlichen Kosten der Pandemiebekämpfung auf das Personal überwälzt und Stellen abgebaut werden. Das darf nicht passieren! Bund und Kantone müssen die Heime finanziell unterstützen. Denn die Heime brauchen auch über die Pandemie hinaus genügend, wenn nicht sogar zusätzliches Personal, um eine gute und würdige Pflege zu gewährleisten.

*Nazmi Jakurti
Präsident GBO*

PREISRÄTSEL



Die Zahl in der Klammer bezeichnet die Anzahl Buchstaben des gesuchten Wortes.

senkrecht:

- 1 Immer häufigere Familienform (9)
- 3 Metallgemisch (9)
- 5 Schweinsgeräusch (4)
- 7 früher: Zahnfüllungen (7)
- 9 Gefühl, stark ablehnend (4)
- 11 Vorname Slam-Poet Kaiser (6)
- 13 Schweiz. Kinderarzt, † 2020 (5)
- 15 Schweiz. Kabarettist (4)
- 17 franz.: Weihnachten (4)
- 19 ital. Rock- / Popsänger (3)
- 21 stark rutschig, ugs. lustig (5)
- 23 Edelmetall, relativ weich (4)
- 25 Vorfall, erregt öff. Aufmerksamkeit (5)
- 27 Zwölftonmusik ist nicht... (5)
- 29 Verb: es muss schnell gehen (5)
- 31 Ausdruck für: „Lecker!“ (4)

Mitmachen lohnt sich!

Lösungswort und Absender gut leserlich auf eine Karte schreiben und einsenden an: Michèle Nufer, Marktgasse 24, 4900 Langenthal, **Einsendeschluss: 3. Mai 2021.**

waagrecht:

- 2 nicht nachhaltiges Pflanzenfett (7)
- 4 hat einen neuen Präsidenten (7)
- 6 Grundform: Morgengrauen (5)
- 8 nachgeahmte Medikamente (8)
- 10 Zeit verstreichen lassen (6)
- 12 Verbindung zwischen zwei Dingen (4)
- 14 Schweizer Sänger, Patrick (3)
- 16 Schlittentier, Pflanzenfresser (7)
- 18 Stark verbreitetes Gefährt (4)
- 20 geometrischer Körper, ganz rund (5)
- 22 Sommergemüse, rot (6)
- 24 beidseitiges, verästeltes Organ (5)
- 26 Impfstoffherstellerin (7)
- 28 Ernte, Einkommen aus (6)
- 30 Damit sollte Sidi bezahlen (6)
- 32 dichter Rauch (5)

Gewinner*innen RotSPechter-Rätsel 3 / 4 2020: Willi Kunz, Verena Mäder, Markus Müller, Christine und Fritz Jäggi, Lars Peterat

AGENDA

Termine im März, April und Mai 2021

01.03 - 19.03.21		Frühlingssession National- und Ständerat	
07. 03. -25.03.21		Eidgenössische Abstimmungen	
08.03.21		Naturfreunde Monatsversammlung	
20.03.21	10:00	Frauen*stamm	Chrämerhuus
26.03.21		Hauptversammlung SP Langenthal	
27.03.21		Hauptversammlung Naturfreunde Langenthal	
29.03.21		Stadtrat Langenthal	
17.04.21	10:00	Frauen*stamm	Chrämerhuus
22.04.21	20:00	Hauptversammlung SP Buchsi	
28.04.21		Parteiversammlung SP Langenthal	
01.05.21		Tag der Arbeit	
08.05.21		Delegiertenversammlung SP Schweiz	
15.05.21	10:00	Frauen*stamm	Chrämerhuus
17.05.21		Stadtrat Langenthal	
27.05.21	20:00	Sektionsversammlung SP Buchsi	
29.05.21		Parteitag SP Kanton Bern	
31.05 – 18.06.21		DV SP Schweiz	
Alle Daten ohne Gewähr, da es aufgrund der Pandemie zu Verschiebungen/Absagen kommen kann			

Impressum

ROTSPECHT, das Informationsblatt der SP Langenthal und der SP Oberaargau
www.sp-langenthal.ch / www.sp-oberaargau.ch

Erscheinungsweise / Auflage: 4x jährl. /1'450

Nächster Redaktionsschluss: 12. Mai 2021

Druck: DDC Langenthal

Redaktion: redaktion-rotspecht@gmx.ch

An der aktuellen Ausgabe mitgearbeitet haben:

Adrian Wüthrich, Roland Loser, Linus Rothacher, Michèle Nufer, Reto Müller, Nazmi Jakurti, Markus Meyer, Irmgard Bayard, Hans Wyssmann, Dorette Balli-Staub, Désirée Fessler, Michèle Nufer

Werden Sie Mitglied der SP!

Machen Sie mit bei der SP! Denn als SP-Mitglied können Sie mitreden und mitentscheiden. Und Sie können mithelfen, Ihre Gemeinde, Ihren Kanton, die Schweiz und damit letztlich die Welt sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. Mit politischer Leidenschaft und Lebenslust. Bei uns wird nämlich auch gelacht und gefeiert, kurz: gewonnen.

Melden Sie sich unter: www.spschweiz.ch/beitreten

oder per Mail an: info@sp-langenthal.ch



**Der Schlüssel
zum guten Mietverhältnis.**

**Persönliche Rechtsberatung,
auch per E-M@il.**

Lassen Sie sich beraten. Werden Sie Mitglied.

Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern
www.mieterverband.ch/bern, Telefon 031 378 21 21

M V